

## **Skandal um AfD-Abgeordneten: Unangemessene Inhalte im Schulbesuch**

Ein AfD-Politiker diskutiert vor Grundschulern in Brandenburg über Vergewaltigungen, was empörte Reaktionen auslöst.

### **Kontroverser Schulbesuch wirft Fragen auf**

Ein Besuch einer Grundschulklasse bei einem AfD-Politiker hat in Brandenburg für Aufregung gesorgt. Der Abgeordnete Dennis Hohloch sprach während des Besuchs in einer Gesprächsrunde vor Kindern im Alter von 9 bis 12 Jahren über sensible Themen wie Vergewaltigungen und Migration (Invasion). Solche Themen sollen, insbesondere in einem schulischen Kontext, mit Bedacht gewählt werden, und die Äußerungen von Hohloch werfen Fragen über den angemessenen Umgang mit Kindern auf.

### **Reaktionen aus der Politik**

Die anderen politischen Fraktionen reagierten empört auf die Aussagen Hohlochs. Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke von der SPD kritisierte den AfD-Politiker scharf und bezeichnete sein Verhalten als Regelverstoß. Sie warf ihm vor, die Kinder in ihrer Unwissenheit und -reife überrumpelt zu haben. Zudem wurde Hohloch zu einem Vieraugengespräch eingeladen, um die Situation zu klären.

### **Bildungsauftrag und politische Verantwortung**

Der Vorfall stellt erneut die Beziehung zwischen Schulen und der AfD in Frage. In vielen Bundesländern, wo die Partei vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird, seien Schulen gut beraten, keine Kooperationen mit der AfD einzugehen, erklärt Benjamin Winkler von der Amadeu Antonio Stiftung. Die Pflicht der Schulen zur Vermittlung einer Bildung, die den Werten des Grundgesetzes entspricht, könnte durch den Dialog mit der Partei gefährdet werden.

## **Kontroverse um Inhalte**

Nach dem Vorfall verteidigte Hohloch seine Aussagen, indem er erklärte, dass er keine Sensibilität für Altersgruppen in dem Kontext sah. In Interviews äußerte er, dass Diskussionen über gesellschaftliche Themen wichtig seien, unabhängig vom Alter der Teilnehmenden. Er betonte zudem, dass er nicht bereue, über sexuelle Gewalt gesprochen zu haben, und wolle Kinder über die Sicherheitslage im Land aufklären.

## **Ausblick auf zukünftige Diskussionen**

Die Aussagen und das Verhalten von Hohloch werden weiterhin das Thema zukünftiger politischer und gesellschaftlicher Diskussionen prägen. Es bleibt abzuwarten, welche Maßnahmen die Landtagspräsidentin und andere politische Akteure ergreifen werden, um ähnliche Vorfälle in der Zukunft zu verhindern und den Schutz von Schülern in Bildungseinrichtungen zu gewährleisten.

Der Skandal zeigt, wie wichtig es ist, dass Politiker Verantwortung für ihre Worte übernehmen, insbesondere in einem Umfeld, in dem Kinder gebildet und sensibilisiert werden sollten.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**